

Die Antworten zu den Wahlprüfsteinen von PIRATEN NRW

1) Wie positionieren Sie sich zu den Planungen eines Abschiebegefängnisses am Düsseldorfer Flughafen? Welche Maßnahmen werden Sie unternehmen, um das geplante Abschiebegefängnis zu verhindern?

Wir verurteilen Abschiebungen und somit auch die Abschiebehaft aufs Schärfste. Wir werden einem geplanten Abschiebegefängnis selbstverständlich ablehnen und versuchen Mehrheiten dafür zu gewinnen.

2) Schwere Erkrankungen von Geflüchteten werden nicht ausreichend im Asyl- und Aufenthaltsverfahren berücksichtigt. Wie stehen sie zu Abschiebungen, wie sie derzeit ja stattfinden, von kranken und traumatisierten Geflüchtete? Was wollen sie unternehmen, das diese nicht weiter geschehen?

Kranke und traumatisierte Geflüchtete verdienen einen besonderen Schutz. Eine Abschiebung, oft auch in Krisengebiete, in denen die gesundheitliche Versorgung nicht gesichert ist, lehnen wir grundsätzlich ab.

3) Wie ist ihre Position zu Abschiebungen von unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlingen? Wollen sie Abschiebungen aus Bildungseinrichtungen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie aus Arztpraxen und Krankenhäusern verhindern?

Wir sind generell gegen Abschiebung und für eine proaktive Integrationspolitik. Abschiebungen aus dem Unterricht oder Arztpraxen heraus sind vollkommen inakzeptabel.

4) Häufig kommt es vor, dass durch Abschiebungen volljährig gewordene Kinder oder einzelne Erziehungsberechtigte abgeschoben und dadurch gewaltsam von ihrer Familie getrennt. Wie stehen sie zu der Praxis, Familien auseinanderzureißen und einzelne Familienmitglieder abzuschieben?

Wir lehnen Abschiebungen generell ab und wollen, dass die Realität NRW als Einwanderungsland endlich anerkannt wird und auch praktische Konsequenzen hat. Deutschland und vorallem NRW ist ein von Einwanderung geprägtes Land. Wir PIRATEN schätzen unsere pluralistische Gesellschaft, die von der Vielfalt der verschiedenen Menschen lebt. Migration und Mobilität bereichern unsere Gesellschaft. Familien, die oft nur über Umwege in NRW angekommen sind, um sich in Sicherheit zu bringen, dürfen wir nicht trennen. Einwanderung ist in NRW seit Jahrzehnten ein wesentlicher Bestandteil unserer Gesellschaft. Einwanderung hat uns vorangebracht. Ohne ehemalige Migrant:innen, die längst Bürger:innen unseres Landes geworden sind, wären wir in jeder Hinsicht ärmer.

5) Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass Abschiebungen nicht als Mittel zur Abschreckung oder sonstiger Symbolpolitik instrumentalisiert werden?

Ja, in einem modernen Einwanderungsland hat eine Politik ausgedient, die auf Abschreckung setzt. Abschiebung ist ein staatliches Mittel, welches nur mit Hilfe von Zwangsmaßnahmen durchgeführt werden kann, die mit den Grundrechten und Menschenrechten in Konflikt stehen und einer

demokratischen Gesellschaft unwürdig sind. Die Konsequenzen einer Abschiebung führen für den betroffenen Menschen fast immer in aussichtslose Situationen und oft auch zu Gefahr für Leib und Leben.

6) Haft sollte laut Gesetz stets nur als ultima ratio angewandt werden. Gleichzeitig schafft Deutschland immer mehr Plätze für Abschiebehäft und ähnliche Haftarten. Was tut ihre Partei, um diesem Trend entgegenzuwirken?

Was wir fordern ist eine proaktive Integrationspolitik. Die Integration von Geflüchteten und Menschen mit Migrationshintergrund ist eine der zurzeit größten Aufgaben für Gesellschaft und Politik. Sie ist aber auch eine Chance, dem demografischen Wandel entgegen zu wirken und durch eine wachsende Bevölkerung die Rahmenbedingungen für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zu setzen. Integration ist zudem eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur gelingen kann, wenn die Politik die Fehler der Vergangenheit vermeidet und es gelingt, die positiven Faktoren der Zuwanderung in den Vordergrund zu stellen. Wir sehen Integration als eine Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche von Politik und Leben berühren wird. Um diesen Aufgaben gerecht zu werden, setzen wir uns für die Einrichtung eines vollwertigen Integrationsministeriums ein, das alle nötigen Maßnahmen plant, koordiniert und umsetzt.

7) Seit dem ersten Abschiebungshaftvollzugsgesetz in NRW hat es laut Hilfe für Menschen in Abschiebehäft e.V. eine stete Verschlechterung der Haftbedingungen gegeben. Welche Änderungen streben Sie an? Wie wollen Sie die Zusammenarbeit mit unabhängigen Beratungsstellen in der Abschiebehäft gestalten?

Wir setzen uns für ein generelles Ende von Abschiebungen und der Abschiebehäft ein und werden versuchen weitere Abgeordnete dafür zu mobilisieren. Wir vernetzen uns gerne mit den unabhängigen Beratungsstellen und fördern die Zusammenarbeit, um dem Thema mehr Aufmerksamkeit zu geben.

8) In NRW wird eine einmalige kostenlose Rechtsberatung in der Abschiebehäft angeboten. Diese führt nicht zu einer Vertretung vor Gericht. Verfahrenskostenhilfe wird erst im Verfahren bewilligt. Wie wollen Sie sicherstellen, dass eine qualifizierte Vertretung durch Rechtsanwälte stattfindet?

Wir setzen uns dafür ein, dass jeder Mensch, unabhängig vom Einkommen, die Möglichkeit haben muss, seine Rechte vor einem Gericht geltend zu machen. Daher lehnen wir Einschränkungen im Bereich der Prozesskostenhilfe und des Beratungshilferechts ab, wenn hierdurch die Anspruchsvoraussetzungen für die Gewährung von Unterstützung angehoben werden.